

Elisabeth Küttler, Die Menschenrechtskammer für Bosnien-Herzegowina, Berlin (Berliner Wissenschafts-Verlag) 2003.

Das Buch von Elisabeth Küttler ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert und wichtig: Die Autorin widmet sich einem Novum, das Präzedenzcharakter haben könnte. Die Menschenrechtskammer für Bosnien-Herzegowina war eine neuartige Institution, eine Mischung zwischen einem internationalen und einem nationalen Gericht als Ausdruck internationaler und nationaler Verantwortung, die dem neu entstandenen Staat half – ihn unter Umständen auch dazu zwang – fundamentale Menschenrechte zu schützen. Sie war jedoch kein Teil des Gerichtssystems, sondern befand sich außerhalb, ja über demselben, womit sie teilweise die Funktionen des Verfassungsgerichts ausübte. Folgerichtig übergab sie am 1. Januar 2004 ihre Kompetenzen an das Verfassungsgericht von Bosnien-Herzegowina, für das sie im Laufe der acht Jahre ihrer Arbeit (Ende 1995 – Ende 2003) die Richtlinien geschaffen und Präzedenzurteile gefällt hatte, und löste sich auf. Eigentlich sollte sie bereits Ende 2000 ihre Arbeit einstellen, ihr Mandat wurde jedoch um drei weitere Jahre verlängert. Der Zeitpunkt der Auflösung wurde mitbestimmt von der Aufnahme Bosnien-Herzegowinas in den Europarat, die es den Bürgern und Bürgerinnen des Landes ermöglicht, ihre Beschwerden direkt beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof

(EGMR) vorzubringen, bleibt der nationale Rechtsweg ausgeschöpft.

Obwohl Elisabeth Küttlers Buch ein juristisches Fachbuch bzw. eine Dissertation ist, ist es auch für Laien verständlich geschrieben. Die Struktur des Buches ist klar und ausgewogen. Das Buch ist in zwei Hauptkapitel unterteilt: Das erste Hauptkapitel befasst sich mit den Grundlagen der Arbeit der Menschenrechtskammer, das zweite Kapitel gibt einen Überblick über die Rechtsprechung zu materiellen Rechtsfragen.

Nach einer relativ kurzen aber klar verfassten Einführung in die Rechtsgrundlagen und die Entstehungsgeschichte der Menschenrechtskammer (S. 23-35), in der die Autorin die Vorläufer des Dayton-Abkommens sowie das Dayton-Abkommen an sich als Rechtsgrundlage der Menschenrechtskammer skizziert, gibt Küttler einen Überblick über die Aufgaben und die Struktur der Kammer (S. 36-46). Hauptaufgabe der Kammer ist demnach die Beurteilung, »(...) ob der Staat BiH oder die Gebiets-einheiten durch ihre Behörden oder auf andere ihnen zurechenbare Weise Menschenrechte verletzen.« (S. 36) Zur Struktur der Menschenrechtskammer erläutert die Autorin die Verfahrensordnung, die Zusammensetzung sowie die Organisation der Kammer. Da die Menschenrechtskammer nur eine der Institutionen zum Schutz der Menschenrechte in Bosnien-Herzegowina war, stellt die Autorin das Verhältnis der Kammer zu diesen ande-

ren Institutionen (Ombudsperson der Menschenrechtskommission, Verfassungsgericht von Bosnien-Herzegowina, Kommission für Grundeigentumsansprüche von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen, Office of the High Representative und die Ombudsperson der Föderation Bosnien-Herzegowina) ausführlich dar (S. 47-67). Schließlich befasst sich die Autorin mit dem Verfahren vor der Menschenrechtskammer (S. 68-97) und der Zulässigkeit der Beschwerde vor der Kammer (S. 97-116), was einen grundlegenden Teil dieser Arbeit darstellt. Ablauf und Abschluss von Verfahren, die vor der Menschenrechtskammer verhandelt wurden, werden ausführlich beschrieben, ebenso wie die aktive Rolle, die die Kammer im Bezug auf die Sicherung der Menschenrechte ausgefüllt hat.

Die in diesem Teil gelieferten Grundlagen werden im zweiten Hauptkapitel des Buches anhand von Fallbeispielen veranschaulicht. Drei Arten von Fallbeispielen werden angeführt: Fälle im Hinblick auf das Recht auf Leben und Freiheit, Fälle hinsichtlich des Rechts der Achtung der Wohnung und des Eigentums sowie Diskriminierungsfälle.

Die erste Fallkategorie umfasst das gewaltsame Verschwindenlassen von Menschen, die Anwendung der Todesstrafe und willkürliche Gefangennahme. Küttler beschreibt u.a. den Fall des katholischen Priesters Peter Matanovic, der in der Stadt Prijedor in der Republika Srpska zusammen mit seinen

Eltern im September 1995 zunächst unter Hausarrest gestellt, später auf die Polizeiwache in Prijedor gebracht und seitdem nicht mehr gesehen wurde. Die Autorin legt dar, dass die Menschenrechtskammer »(...) in ihren Entscheidungen zum Verschwindenlassen von Menschen kein menschenrechtlich unbekanntes Terrain betreten [hat], so dass sie sich auf die Wertungen anderer Menschenrechtsorgane stützen konnte.« (S. 122) Im Fall Damjanovic hingegen, bei dem es um die Anwendung der Todesstrafe ging, zeigt Küttler, dass »(...) die Kammer unter Rückgriff auf allgemein gültige Wertungen des EGMR neue Standards zu der Fallgestaltung der drohenden Todesstrafe in einem Geltungsland der EMRK [Europäische Menschenrechtskonvention] entwickeln [musste].« (S. 135)

Die zweite Fallkategorie umfasst JNA-Fälle, Fälle zur »Law on Abandoned Apartments/Property«, Fälle zur Nichtdurchsetzung von Räumungsurteilen, Fälle zu eingefrorenen Fremdwährungskonten und Fälle zu JNA-Pensionen. Die Entscheidungen der Kammer in den JNA-Fällen stellten zahlenmäßig einen großen Anteil der Rechtsprechung der Menschenrechtskammer für Bosnien-Herzegowina dar.

Die dritte Fallkategorie (Diskriminierungsfälle) besteht aus Fällen diskriminierender Justizverweigerung, Diskriminierungen in arbeitsrechtlicher Hinsicht sowie Diskriminierungen bei der Religionsausübung. Die Autorin beschreibt als Beispiel eines

Religionsausübungsfalles die Beschwerde der islamischen Gemeinde der Stadt Banja Luka in Zusammenhang mit 15 von Serben zerstörten Moscheen, von denen 12 als nationale Kulturdenkmäler registriert waren.

Küttler kommt abschließend zu dem Ergebnis, dass die Menschenrechtskammer nicht nur wegen der beachtlichen Anzahl der ergangenen Entscheidungen (670) Aufmerksamkeit verdient, sondern auch aufgrund des dabei entwickelten Fallrechts. Die Kammer orientierte sich dabei größtenteils am Fallrecht des EGMR und der europäischen Menschenrechtskommission, wendete bestehende Standards an und war zurückhaltend in der Entwicklung neuer Ansätze. Eine Ausnahme, so Küttler, bildete die Untersuchung von Diskriminierungsvorfällen, bei denen die Kammer die Vorgehensweise des EGMR modifiziert und damit auf die im Geltungsbereich der EMRK untypische Situation systematischer Diskriminierung ethnischer Minderheiten reagiert habe: »Hier hat sie bewiesen, dass die EMRK entgegen entsprechender Zweifel durchaus ein geeignetes Instrument ist, um schweren und systematischen Menschenrechtsverletzungen zu begegnen« (S. 237).

Insgesamt betrachtet bietet das Buch einen guten Einblick in die Arbeit der Menschenrechtskammer für Bosnien-Herzegowina und eine solide Wissensvermittlung über deren Struktur, Organisation und Verfahrensweisen. Mit Leben gefüllt werden diese juristischen Grundlagen durch die Fallbeispiele; sie machen die Veröffentlichung auch für Laien interessant.

Was dem Buch jedoch fehlt, ist eine abschließende Einordnung der Arbeit der Menschenrechtskammer für Bosnien-Herzegowina in einen größeren politischen Kontext. Die Autorin bleibt auch in ihrer Schlussbemerkung bei einer stark auf juristischen Kriterien beruhenden Bewertung der Menschenrechtskammer – ein eher interdisziplinärer Blickwinkel wäre hier interessant gewesen.

Boris Dudas, Marina Giotaki, Ermin Hadzic, Sabine Wagner

Angelika Timm, Israel – Gesellschaft im Wandel, Opladen (Leske + Budrich) 2003.

Fünfzehn Jahre nach ihrer Studie über die Geschichte Israels seit seiner Gründung hat Angelika Timm ein neues Buch vorgelegt, das kardinale demographische, politische, sozio-ökonomische und kulturelle Wandlungsprozesse des Landes seit Beginn der 1990er Jahre zum Gegenstand hat. Bewusst abgesetzt gegen die verbreitete Sichtweise, die das Land überwiegend über den Nahost-Konflikt vermittelt wahrnimmt, will die Autorin den Blick auf die innerstaatliche Realität lenken – die zwar auch, aber eben nicht allein von der israelisch-palästinensischen Konfrontation geprägt sei – und »ein möglichst wahrhaftiges und zugleich facettenreiches bzw. problemorientiertes Bild vom ‚Innenleben‘ des jüdischen Staates« (S. 9) zeichnen.

Die Transformationsprozesse werden in sechs Kapiteln von 31 bis 51 Seiten behandelt. Es geht um

a) den Abschied der Einwanderergesellschaft vom Schmelztiegelkonzept und die Ausprägung einer pluralistischen Mosaikge-

sellschaft überwiegend als Ergebnis des russischen Zuzugs und der Rückwirkungen der Gewalteskalation auf die palästinensischen Bürger Israels;

- b) den so genannten Kulturkampf bei der Frage der Gestaltung des Verhältnisses von Staat und Religion als Folge der Politisierung der Ultraorthodoxie und der Annäherung religiöser und nationalistischer Wertvorstellungen;
- c) die Umbrüche in der Parteienlandschaft und den Bedeutungszuwachs religiöser und ethnischer Parteien als Folge des Wahlsystems sowie das Wirken zivilgesellschaftlicher Organisationen als Ausdruck der abnehmenden Bindungskraft der kollektiven nationalen Ziele;
- d) das mit der Eingliederung des Landes in die Weltwirtschaft und der Privatisierung staatlicher und gewerkschaftlicher Unternehmen verbundene Ende des Wohlfahrtsstaates bei gleichzeitiger Verflechtung der israelischen mit der palästinensischen Wirtschaft, Steigerung der Militärausgaben und der Exporte militärischer Güter;
- e) den Friedensprozess und die mit ihm verbundenen Hoffnungen, Resultate, Rückschläge und Blockaden sowie die Diskussion alternativer Wege, den Konflikt zu regeln;
- f) die überwiegend unter intellektuellen ausgetragenen Kontroversen über Staatsgründung und Kriege in Verbindung mit deren Legitimationen und Mythen, einschließlich des damit verbundenen Nachdenkens über israelische Optionen im Kon-

flikt mit den Palästinensern.

Die Darstellung der genannten Transformationsprozesse wird eingerahmt von einem Einleitungs- und einem Schlusskapitel. Die Einleitung, betitelt mit »Israel – ein Staat wie jeder andere?«, thematisiert Besonderheiten des Staates Israel und benennt die Schwerpunkte der nachfolgenden Kapitel, wengleich mit einem deutlichen Akzent auf der historischen Entwicklung. Die in der Überschrift formulierte Frage wird in dem abschließenden Kapitel über Konfliktfelder, Entwicklungstrends und Zukunftsdebatten nicht explizit wieder aufgenommen. Hier geht es um die bereits in den vorangegangenen Kapiteln hin und wieder angesprochenen sechs gesellschaftlichen Widerspruchsachsen, den pluralistischen Charakter einer kollektiven israelischen Identität und die Vereinbarkeit von Demokratie und jüdischem Nationalstaat. Aber indirekt findet die Frage mit der Formel, Israel sei »trotz historischer und aktueller Spezifika [...] eine mit Erfolgen, Problemen und Schwächen behaftete Gesellschaft wie jede andere auch« (S. 293) eine salomonische Antwort.

Die Recherche orientiert sich »weitgehend an den Forschungsergebnissen israelischer Wissenschaftler bzw. an dem äußerst lebhaften Meinungsstreit zwischen den Historikern, Politik- und Sozialwissenschaftlern des Landes« (S. 12). Denn sie soll »nicht nur die realen Trends in der Gesellschaftsentwicklung im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, sondern vor allem auch deren innerisraelische Wahrnehmung widerspiegeln bzw. die in der Diskussion befindlichen Zu-

kunftslinien nachzeichnen« (S. 11). Darum wird den »kritisch-analytischen Sichten von ‚Insidern‘ Vorrang vor außerisraelischen Wortmeldungen gegeben« (S. 9). Die Materialbasis sind – neben den genannten Forschungsergebnissen und Debatten – Printmedien, Meinungsumfragen, statistische Erhebungen und Gespräche mit Politikern, Wissenschaftlern, Kulturschaffenden und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen. Als besonders aufschlussreich bezeichnet die Autorin die Interviews mit mehreren Knessetabgeordneten und über 70 weiteren Repräsentanten des öffentlichen Lebens – mit Bürgern unterschiedlicher Herkunft bzw. differierender politischer und weltanschaulicher Ausrichtung: »Ihre Reflexionen über den Wertewandel in der Gesellschaft, über ihr individuelles Identitätsbewusstsein oder über ihre Visionen für die Zukunft des Landes ergaben nicht nur ein vielfarbiges Mosaik der israelischen Realität, sondern auch ein breites Spektrum subjektiv artikulierter Gegenwartsbetrachtung und Zukunftserwartung« (S. 12).

Die Publikation enthält ein Glossar mit 160 hebräischen und deutschen Begriffen – von »Achusalim« (ein Kunstwort für die aschkenasische, säkulare, alteingesessene, sozialdemokratische und zionistische Elite Israels) bis »Zomet« (der Name einer konservativ-nationalistischen Partei, die gegen territoriale Kompromisse und für verstärkte Siedlungstätigkeit eintritt). Die umfangreiche Bibliographie, die weit mehr als nur die verarbeitete Literatur enthält, spiegelt die Intention der Autorin wider, sich auf die israelische Innensicht zu konzentrieren. Die meis-

ten Titel, ob auf hebräisch, englisch oder deutsch, haben israelische Verfasser. Dennoch finden sich rund 50 Arbeiten aus dem deutschsprachigen Raum. Sie repräsentieren leider nicht die aktuelle deutsche Debatte, die Kriterien der Auswahl werden nicht erkennbar und wichtige Themengebiete bzw. Arbeiten werden ausgeblendet. Neben »Pflichtbüchern« wie Theodor Herzls »Der Judenstaat« (1896/1988) finden sich recht betagte Veröffentlichungen wie das von Kurt Sontheimer herausgegebene Buch »Israel – Politik, Gesellschaft, Wirtschaft« (1968) oder Michael Wolffsohns Arbeit »Politik in Israel« (1983); daneben wichtige neuere Arbeiten wie Martin Becks »Friedensprozess im Nahen Osten« (2002) oder das Standardwerk von Helga Baumgarten »Palästina: Befreiung in den Staat« (1991), deren Befunde die Publikation indes nicht verarbeitet.

Das Buch ruft bei der Rezensentin zwiespältige Gefühle hervor. Die Autorin löst ihre Absicht durchaus ein und lässt den Leser auf Israel nicht durch eine primär vom Konflikt definierte Optik schauen, sondern richtet den Blick auf die innerstaatliche Entwicklung, und es entsteht in der Tat ein facettenreiches Bild vom Innenleben des jüdischen Staates, das weder idealisiert noch dämonisiert. Wer Neuland betritt, wird die Publikation als Einführung und Überblick mit Gewinn lesen. Die Autorin präsentiert eine Fülle interessanter Phänomene und Entwicklungen und scheut keineswegs deutliche Worte, wenn sie neben den Erfolgen auch die Probleme und Schwächen der israelischen Gesellschaft anspricht. Aber anders als das Vorwort erwarten lässt, er-

hält der Leser keine Orientierungshilfen, wenn er Antworten auf die eingangs gestellten Fragen nach den Konturen eines zukünftigen Israel sucht, dessen vielfache Zerrissenheit die Autorin treffend dargestellt hat. Es gibt ein (historisches und gegenwärtiges) Israel im Konflikt und ein (vorgestelltes bzw. künftiges) Israel nach dem Konflikt. Aber weil zwischen der Konfliktsituation und den innergesellschaftlichen Widersprüchen keine Verknüpfung hergestellt wird, lässt sich die Frage nicht beantworten, was für ein Israel es nach dem Konflikt geben wird, geschweige denn, ob es ein »normales« sein wird. Die Autorin tendiert dazu, Spannungen – z.B. »die Alternative zwischen einem demokratisch verfassten binationalen, multikulturellen Staat auf der einen und einem undemokratischen jüdisch dominierten, möglicherweise stärker religiös geprägten Gemeinwesen auf der anderen Seite« (S. 291) – formelhaft aufzulösen oder in ein gutgemeintes Plädoyer für konstruktive Lösungen bzw. ein kooperatives Miteinander münden zu lassen. »Ethnische Demokratie« oder »Ethnokratie«, zwei von israelischen Kollegen übernommene Kategorien, können den gegenwärtigen Zustand vielleicht auf den Begriff bringen, liefern aber keinen Anhalt, wie sich »das innergesellschaftliche Widerspruchspotenzial von großer Sprengkraft« entwickeln und welche gesellschaftlichen Kräfte unter welchen Voraussetzungen welche Lösungen durchsetzen könnten. Ähnlich verhält es sich mit dem spannungsreichen Verhältnis von Religion und Staat bzw. zwischen dem religiösen und dem säkularen Sektor und der Frage nach der Essenz jüdischer bzw. israelischer

Identität. Wohin treiben diese Spannungen die israelische Gesellschaft? Auch hier verweist uns die Autorin letztlich auf den »weitere(n) Geschichtsverlauf« (S. 285).

Im Kapitel über das politische System und im Schlusskapitel mit seinem Ausblick auf künftige Entwicklungen böten sich Anhaltspunkte zur Orientierung. Die Autorin weist zum einen darauf hin, dass sich nicht selten die Spaltungen (cleavages) in der israelischen Gesellschaft (über die wir in der Publikation viel Wissenswertes erfahren) überlappen, so dass z.B. ein orientalischer Jude oft dem religiösen Lager angehört und Kompromisslösungen im israelisch-palästinensischen Konflikt ablehnt. Zum anderen stellt sie fest, dass »die innerstaatliche Entwicklung (...) untrennbar an die äußeren Existenzbedingungen gebunden ist« (S. 9) und die »Perspektive Israels (...) unabdingbar mit dem Fortgang oder der Beendigung der nahöstlichen Konfrontation verknüpft bleiben (wird)« (S. 290). Wenn die beiden Befunde, zusammen genommen, methodisch fruchtbar gemacht worden wären, hätten sie dem Leser die erwünschte Orientierung liefern können. So interessant die Auflistung und Behandlung der Spaltungen ist, so spinnt die Autorin doch die Fäden nicht zusammen, so dass ein merkwürdig amorphes Bild entsteht, ohne dass man erfährt, wo man auf brennende Fragen eine Antwort zu suchen hätte. Die für den Friedensprozess bedeutsamen kumulativen Spaltungen in der israelischen Sozialstruktur der Gegenwart sind indes nicht nur der Kohäsion der Gesellschaft abträglich, sondern erschweren einen breiten Konsens über Ob und Wie eines Friedens-

schluss zwischen Israelis und Palästinensern immens. Erst dieser analytische Zugriff erlaubte z.B. die Feststellung, dass die Friedensfähigkeit der Gesellschaft in dem Maße abnimmt, wie der religiöse Faktor, demographisch begünstigt, zu hegemonialer Geltung gelangt. Auf diesem Wege hätte man der als „offen und unbeantwortet« bezeichneten Frage zu Leibe rücken können, ob der zu beobachtende politische Rechtstrend als vorübergehende Erscheinung oder als Langzeitentwicklung zu werten sei (S. 292) und den Leser mit der Möglichkeit konfrontieren können, dass der zu beobachtende politische Rechtstrend als Langzeitentwicklung dass die Zeit nicht für, sondern gegen den Frieden arbeitet. Erst dann würde auch ermessbar, in welchem Maße die tiefe Zerrissenheit der israelischen Gesellschaft in Verbindung mit dem Nahostkonflikt Demokratie und Rechtsstaatlichkeit (rule of law) unterminiert. Zu beiden Fragen hat z.B. der israelische Soziologe Avishai Ehrlich in englischer und deutscher Sprache Arbeiten vorgelegt, die aber keine Beachtung finden.

Vielleicht hat die Unterbeleuchtung des israelisch-palästinensischen Konflikts in seiner Wechselwirkung mit Strukturmerkmalen der israelischen Gesellschaft dazu geführt, dass die Zentralität des Militärs kein Thema der Publikation darstellt. Auch dieses Defizit ist dem Tiefgang der Untersuchung abträglich und verhindert, dass über die populäre Rede von der sich immer schneller drehenden Spirale der Gewalt hinaus ein Verständnis dieses nicht unbedingt naturwüchsigen Vorgangs entsteht. Die Autorin stellt fest, dass im innerisraelischen

Diskurs über die Möglichkeit, israelische Sicherheit dauerhaft zu garantieren, in den 1990er Jahren ein vorübergehender Umschwung stattfand. In der Tat galt im letzten Jahrzehnt sowohl die Höherbewertung der sogenannten Sicherheitsfrage vor allen anderen gesellschaftlichen Fragen als auch die Reduktion von Sicherheit auf die militärische Dimension nicht mehr unangefochten. Dass es in der israelischen Gesellschaft heute wieder deutliche Mehrheiten dafür gibt, die Sicherheit erneut dem Militär anzuvertrauen und ihm überdies freie Hand zu geben, erklärt die Autorin mit der zweiten Intifada und der mit ihr einhergehenden Gefährdung individueller Sicherheit. Das ist plausibel – man liest es darum überall. Aber erst im Zusammenhang mit der Militarisierung mentaler Orientierungen wird verständlich, warum eine Mehrheit die Gewaltstrategie der Regierung befürwortet, ohne zu glauben, dass sie eine tragfähige Konfliktlösung bringt. Das »Primat des Militärischen im jungen Staat und die Festungs- und Wagenburgmentalität« (S. 186) werden zwar in einem Kapitel über die Leitlinien israelischer Regionalpolitik von Ben Gurion bis Schamir erwähnt. Aber hier lässt die Autorin lediglich die israelische Außen- und Verteidigungspolitik von 1948 bis 1991 Revue passieren. Die Zentralität des Militärischen als gesellschaftliches Phänomen, das seine Spuren überall, in der Erziehung, der Wirtschaft, in der Politik und im Recht hinterlässt und ohne das die generelle Präferenz des militärischen Sieges vor politischem Kompromiss nicht verständlich wäre, ist kein Thema des Buches. Eine Erklärung dafür sucht man

vergeblich. Da es sich um alles andere als eine Randscheinung der israelischen Gesellschaft handelt, wäre in diesem Kapitel zumindest ein Hinweis auf entsprechende Literatur angebracht gewesen.

Ebenfalls wünschenswert wäre ein solches Verfahren bei einer weiteren Leerstelle in der Publikation gewesen, der Geschlechterfrage. Aber die im deutschen Sprachraum singuläre Studie von Uta Klein »Militär und Geschlecht« (2001) findet keine Erwähnung, wie überhaupt deren zahlreiche Publikationen zum Militär als konstitutivem Element der gesellschaftlichen Organisation und der individuellen Identität nicht vorkommen. Die Kenntnis, dass in Israel die Frauen Wehrdienst leisten, ist weit verbreitet. Weniger bekannt sein dürfte, dass die Wehrpflicht von Frauen keineswegs der Gleichberechtigung von Frauen im Militär, im Berufsleben oder in der Politik förderlich war. Die Geschlechterfrage hängt im Übrigen sowohl mit der Zentralität des Militärischen als auch mit dem Konflikt zusammen, der einen permanenten Kriegszustand erzeugt. Denn der Zionismus kultivierte ein Männlichkeitsbild, das seine Vorbilder in der mythischen militanten Heldenfigur fand und Männer als Kämpfer und Beschützer glorifizierte. Bis heute ist das Bild des Kämpfers an einen männlichen Soldaten gekoppelt, denn Frauen werden faktisch als nicht kampftauglich angesehen – auch wenn das Kampftruppenverbot seit 2000 nicht mehr gilt. Militärische Führungspositionen sind ihnen in der Regel versperrt und damit fehlt eine wesentliche Voraussetzung für eine Karriere in Wirtschaft und Poli-

tik. Die jungen Männer hingegen erweisen sich durch die Teilnahme am Krieg den Leistungen der Gründergeneration würdig, die 1948 die Unabhängigkeit erkämpft hatte. Der permanente Kriegszustand konserviert das Militär als Sozialisationsinstanz sowie Sprungbrett für die beruflichen und politische Karriere, aber nur für die Männer. Er trägt auf diese Weise zur Verfestigung der Geschlechterungleichheit bei.

Warum die Genderfrage in dieser Publikation nicht vorkommt, erfahren wir nicht. Wir lesen in den Ausführungen über das politische System und die Zivilgesellschaft lediglich, dass es mehr als 90 Frauenorganisationen, ein Frauennetzwerk, mehrere feministische Menschenrechtsorganisationen und eine größere Zahl von Schwulen- und Lesbenvereinigungen gibt. Die Geschlechterungleichheit hätte durchaus ein eigenes Kapitel verdient, sie hätte aber auch an anderer Stelle platziert werden können, z.B. in dem Kapitel über Globalisierung, Wirtschaftsreform und sozialen Wandel. Dort kommt u.a. die Transformation des Kibbuz zur Sprache. Die Ideologie der Kibbuzbewegung schien den Frauen in der Rolle von Pionierinnen – in der einen Hand den Pflug, in der anderen das Gewehr – zwar die Chance auf gleichberechtigte Teilhabe am Aufbau von Staat und Gesellschaft zu bieten. Aber sie wurden nach und nach zuständig für Küche und Kinder, bis der Einzug der freien Marktwirtschaft dem kollektiven Gemeinschaftswerk endgültig die Gleichheitsideologie austrieb. Die Abschnitte über die Transformation Israels von einem Agrarland zu einem modernen Industriestaat, in dem der »Pionier,

der von Zitrus-hain zu Zitrus-hain reitet'« (S. 156), der Vergangenheit angehört, wären von Ausführungen über die niedrige Erwerbsquote von Frauen und die deutlichen Einkommensunterschiede zwischen männlichen und weiblichen Erwerbstätigen bereichert worden, die mit dem verbreiteten Klischee von den emanzipierten, selbstbewussten und starken Frauen Israels nicht gerade zusammenpassen. Gewiss waren aschenasische jüdische Männer, deren Einkommen stets höher war als das ihrer orientalischen Geschlechtsgenossen, die Hauptprofiteure der Privatisierung, zweifellos gehörten zu den Verlierern die orientalischen Juden. Dass aber die Frauen afrikanisch-asiatischer Herkunft auf der untersten Stufe der Einkommenspyramide rangieren, ist der Autorin keine Erwähnung wert. Der Abschnitt über die Friedensbewegung hätte Gelegenheit geboten, über die bloße Auszählung von Gruppen wie »Frauen in Schwarz«, »Coalition of Women for a Just Peace« und

»Bat Schalom« (Tochter der Friedens) hinaus das auffallend hohe Engagement von Frauen in der Friedensbewegung zu analysieren, das sich auch als Protest gegen den permanenten Kriegszustand mit dessen negativen Folgen für die Frauenrechte lesen ließe. Dass die Genderfrage an keiner Stelle auch nur cursorisch behandelt wird und nicht einmal ein Verweis auf einschlägige Arbeiten erfolgt, stellt für ein Buch über die israelische Gesellschaft ein ernstes und schwer erklärliches Versäumnis dar.

Im Vergleich mit diesen Defiziten ist die Rezeption von Arbeiten aus dem deutschsprachigen Raum als akademischer Regelverstoß zu werten. Die Entscheidung, den kritisch-analytischen Sichten von »Insidern'« Vorrang vor außerisraelischen Wortmeldungen zu geben, wäre schlüssiger, wenn es sich um eine Diskursanalyse handelte, aber sie mag noch hingehen, weil der mit der israelischen Diskussion nicht vertraute Leser auf diese Weise erfährt, dass es über für Is-

rael vitale Fragen hier einen lebendigen Meinungsstreit gibt. Befremdlich aber ist die getroffene Auswahl unter den deutschsprachigen Wortmeldungen. In dem Kapitel über die al-Aqsa-Intifada kommt als einziger Wissenschaftler ein Autor zu Wort, dessen Arbeiten ihn als Experten für die US-amerikanische Nahostpolitik ausweisen; aber das mag noch hingehen, weil der israelisch-palästinensische Konflikt nicht im Zentrum des Buches steht, in Deutschland relativ breit bearbeitet wird und die Arbeiten derjenigen, die regelmäßig hierzu publizieren, leicht zugänglich sind. Anders verhält es sich z.B. mit Inamo (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten), das sich immer wieder kritisch bei Kernfragen von Staat und Gesellschaft Israels – Demographie, Judentum, Konflikt, Parteien, Religion, Rüstung, Staatsbürgerschaft, Ungleichheit etc. – zu Wort meldet. Da hier häufig auch israelische Autoren in deutscher Übersetzung zu Wort kommen, wäre ein Verweis auf

diese Zeitschrift umso mehr angebracht gewesen, als die Autorin es sich ja vorgenommen hat, vorrangig die israelische Innensicht zu präsentieren, aber auf Vollständigkeit bzw. die Diskussion des Details verzichtet hat.

Welches Fazit lässt sich ziehen? Bei der Lektüre dieser fleißigen Arbeit entfaltet sich vor dem inneren Auge des Lesers ein Fächer mit vielen Farben und Formen. Aber er zerfällt ihm in den Händen, denn es fehlt ein Band, das alles zusammen halten könnte. Vermutlich kann man eine Gesellschaft wie die israelische, die so durchdrungen ist von dem Dauerkonflikt mit den Palästinensern, nicht auf die uns vorgeführte Weise sezieren. Man braucht eine Problemstellung, und eine solche sucht man vergebens. Auch wenn der Leser viel Wissenswertes dazugelernt hat, so bleibt er doch am Ende ratlos zurück.

Margret Johannsen